

## **Die Nato bleibt ein Kriegsbandnis, und deshalb muß sie weg!**

Das war das einhellige Fazit der zweitägigen Konferenz unter dem Motto „60 Jahre Nato - Frieden ist etwas anderes“. Die hochkarätig besetzte Tagung verlief mit knapp 200 Teilnehmer(innen) in einer sehr freundschaftlichen und harmonischen Atmosphäre. Unterschiedliche Ansichten und eine heftige Diskussion gab es allerdings zu Paul Walkers zu positiver Darstellung des US-Kurses unter Obama. Walker war als Vertreter der amerikanischen Friedensbewegung angereist und stellte in seinem Vortrag die Auflösung von Guantanamo, den geplanten Truppenrückzug aus dem Irak und einen diplomatischeren Ton im Umgang mit Verbündeten und „Schurkenstaaten“ in den Vordergrund. So wolle Obama mit Nordkorea und Iran friedfertiger und mit den Verbündeten kooperativer umgehen als sein Vorgänger, das Verhältnis zu Russland verbessern und eine Politik der „atomaren Abrüstung“ einleiten. Was immer das heißen mag! Das klang alles sehr schönfärberisch, und selbst die Verstärkung der Streitkräfte in Afghanistan um mindestens 17.000 Soldaten stellte er in diesen Kontext, da die Truppen ja „später wieder zurückgezogen“ würden.

Da gab es massiven Widerspruch. Andreas Buro vom Komitee für Grundrechte und Demokratie hielt dem entgegen, dass sich auch Obama auf die herkömmlichen Machtstrukturen stütze. Mit seiner knappen Mehrheit im Senat sei er bei allen wichtigen Entscheidungen auf Stimmen der Republikaner angewiesen. Seit 1945 habe die USA immer ihre militärischen Positionen ausgebaut um ihre Vormachtstellung weltweit zu festigen. Ein Element seien die US-Militärkommandos, die es für alle Teile der Welt gebe. Ich möchte hinzufügen, dass auch er letztlich - wie alle seine Vorgänger - nach der Pfeife des Rüstungs- und Ölkapitals zu tanzen hat!

Der russische Vertreter Raschid Alimov antwortete zunächst mit einer Kritik an der Osterweiterung der Nato. Dies werde von der russischen Bevölkerung sehr kritisch gesehen. Moskau betrachte diese, ebenso wie den Ausbau der Militärbasen in Rumänien und Bulgarien als eindeutigen Verstoß gegen entsprechende Vereinbarungen und Verträge. Moskau sehe sich gezwungen, auf die Nato-Erweiterung mit eigenen Militärbündnissen innerhalb der GUS zu reagieren, oder auch zum Beispiel Syrien mit einzuschließen. Die Mehrheit der russischen Bevölkerung fühle sich weiterhin durch die Nato bedroht. Moskau unterstütze allerdings die Nato in ihrem Krieg gegen Afghanistan, weil es da gemeinsame strategische Interessen in Sachen Rohstoffausbeutung gebe.

Frankreich wolle wieder voll in die Nato, betonte Lysiane Rolet von ATTAC Frankreich. Hier gebe es den Konsens von Sarkozy mit Angela Merkel, und beide wollten noch wesentlich mehr: Totale Integration der modernisierten EU-Truppen in die Nato, und was noch weitaus schlimmer ist - auch alle zivilen Strukturen wollen Merkel und Sarkozy in die Militärkonzepte eingebunden haben!

Uli Cremer (Grüne Friedensinitiative) stellte fest, daß die Nato sich global für „zuständig“ erklärt Kriege zu führen. Sie sei ein Nord-Pakt gegen den Süden, sie expandiere und

verbünde sich mit insgesamt 29 weiteren Staaten. Der Anteil der Nato an globalen Militärausgaben steige und liege derzeit bei 70 Prozent. Durch den Aufbau des nordatlantischen Kooperationsrats und des WEU-Konsultationsforums wurde, so Cremer, eine Konkurrenz eine Konkurrenz zur nicht militärischen OSZE installiert und zur militärischen Integration genutzt.

Es gab acht Arbeitsgruppen, die zu verschiedenen Themenschwerpunkten Gegen-Konzepte und Handlungsmöglichkeiten erarbeitet haben. Ich will hier nur auf die AG „Nato konkret: Regionale Militarisierung“ näher eingehen. Lühr Henken vom „Bundesausschuß Friedensratschlag“ stellte noch einmal die Bedeutung der Bremer Rüstungsindustrie für die Nato dar. Für uns Bremer Friedensaktivist(innen) gilt weiterhin: Regelmäßige Mahnwachen gegen die Bremer Rüstungsbetriebe, sowie Proteste gegen Bundeswehrempfänge und Kriegsschiffstaufraktionen. Es sollte auf ein Ende der Rüstungsexporte über bremische Häfen gedrängt werden. Rüstungskonversion muß wieder ein Thema werden, und hier ist besonders auf die die IG Metall einzuwirken. Die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen sollte ohnehin intensiviert werden. Bürgermeister Böhrnsen sei noch stärker mit Appellen zur Aufnahme von Deserteuren in die Pflicht zu nehmen. Die Linksfraktion wird gebeten, noch vor dem Nato-Gipfel am 4. April eine Große Anfrage zum Thema Bremer Rüstungsbetriebe in die Bürgerschaft, dem Bremer Landtag einzubringen, damit auf diese Weise endlich eine öffentliche Diskussion über das Thema angestoßen wird.

Zum Schluss rief Rainer Braun von der „Kooperation für den Frieden“ zur großen Demo gegen das Nato-Geburtstagsspektakel am 4. April in Straßburg auf, wo auch wegen der drohenden Demonstrationsverbote und der zu erwartenden Behinderungen und Schikanen grundsätzlich das Demonstrationsrecht auf dem Spiel stehe. Auch dagegen gelte es zu protestieren. Das Bremer Friedensforum ruft mit dazu auf und wird sich selbstverständlich an der Demo beteiligen!